# Der Kulturkonflikt um die Flüchtlingskrise und die politischen Folgen

*von Elmar Wiesendahl*

*Deutschland wurde im Herbst 2015 von einer Flüchtlingskrise erfasst, welche in der Bevölkerung einen massiven Kulturkonflikt auslöste. Der Streit wurde entlang einer soziokulturellen Libertarismus-Autoritarismus-Spannungslinie ausgetragen; sie kulminierte in einer kulturkämpferischen Konfrontation zwischen einem libertär-humanitären Pro- und einem autoritär-wertkonservativen Kontra-Lager. Die gesellschaftliche Mitte kam dabei nicht zu Wort. Das Willkommenslager konnte sich durch die gesinnungsethisch-humanitäre Haltung der Kanzlerin in der Flüchtlingsfrage bestärkt fühlen. Die im Bundestag vertretenen Parteien folgten richtungspolitisch ihrer Linie, sodass ein Wettstreit um flüchtlingspolitische Alternativen ausblieb. Bei den Landtagswahlen vom 13. März 2016 stieß die AfD erfolgreich in das von den Konsensparteien erzeugte Repräsentationsvakuum hinein, eine Erweiterung und axiale Rechtsverschiebung des Parteiensystems ist die Folge.*

*The European refugee crisis triggered a massive cultural conflict in Germany along the cleavage line between libertarianism and authoritarianism. Torn apart between a liberal-humanitarian pro and a conservative and in parts authoritarian con, the societal middle-ground got lost. Whereas the adopted "welcome culture" provided by significant parts of the population followed the Chancellor´s ethical stance, got the backing of the main political parties, political alternatives remained at first subdued. However, as a result of regional elections in March 2016, the situation changed profoundly, as the AfD (Alternative for Germany) moved successful into the vacuum left by the traditional parties, adding a serious right-wing component to the German party system.*

## I. Einleitung

Entgegen jeglicher Voraussicht und Vorstellungskraft ist Deutschland seit Sommer 2015 zum Brennpunkt einer Flüchtlingskrise geworden. Zyklische Konjunkturen des Flüchtlingszustroms gab es in der Vergangenheit zwar schon immer, allerdings in anderer Größenordnung und regionaler Herkunft der Flüchtlinge. Nie zuvor gab es jedoch eine mit 2015 vergleichbare Krisensituation, bei der ein Strom von 1,1 Millionen Flüchtlingen aus dem arabischen Raum Aufnahme in Deutschland suchte. Um sich das Ausmaß der Krise vor Augen zu führen, sei auf das erste Halbjahr von Januar bis Juli 2015 verwiesen, in dem ein deutlicher Anstieg der Zahlen auf 195.723 registrierte Flüchtlinge zu verzeichnen war. Dann, in nur einer

Vier-Monatsfrist zwischen September und Dezember 2015, schwoll der Strom auf 678.359 erfasste Flüchtlinge an. Einzurechnen wären darüber hinaus mehrere hunderttausende im Behördenchaos nicht registrierte Flüchtlinge. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass Deutschland ab dem Frühherbst 2015 zum fast ausschließlich favorisierten Zielland des über die Balkanroute kommenden Flüchtlingsstroms wurde.

Dies alles stellt den Nährboden dafür dar, dass aus der Flüchtlingskrise ein Kulturkonflikt erwuchs, der die Bevölkerung in einen stark polarisierenden Kulturkampf hineinzog. Jetzt, kurz nach den Landtagswahlen vom 13. März 2016, lässt sich in einer Rückblende analysieren, welche eigenartige Konfliktkonstellation die Flüchtlingskrise hervorgebracht hat und wer darin involviert ist. Zudem ist es für den politischen Umgang und das *conflict handling* mit dem Kulturkonflikt aufschlussreich, wie sich die politischen Parteien positionierten und welche Folgen sie dafür gegenüber der Wählerschaft zu tragen haben.

## II. Der Kulturkonflikt um die Flüchtlingsfrage

Sieht man sich den Kern des um die Flüchtlingsfrage entbrannten Richtungskonflikts genauer an, wird deutlich, wie sehr er über ein brisantes Spannungspotenzial verfügt, das zu soziokultureller Frontenbildung tendiert und damit bestens geeignet ist, Polarisierungen zu schaffen oder zu verstärken. Seit der bahnbrechenden *Cleavage*-Theorie von *Lipset* und *Rokkan*[1] geht die Parteienforschung von gesellschaftlichen Konfliktlinien aus, die durch Parteien politisiert und als Lager bildende Streitgegenstände auf die Ebene des Parteienwettbewerbs übersetzt werden. Nationale Parteiensysteme verfügen danach über eine eigentümliche Konfiguration, in der sich die spezifische gesellschaftliche Konfliktstruktur eines Landes widerspiegelt. Vor diesem Hintergrund brachten Parteienforscher den Aufstieg von grün-alternativen und gleichzeitig rechtspopulistischen Parteien im Westeuropa der 1980er Jahre mit einer neuartigen Spannungslinie in Zusammenhang, die aus den in den 1960ern einsetzenden umbruchartigen Modernisierungsprozessen der westlichen Nachkriegsgesellschaften hervorging. In Westdeutschland ließ der mit Wertewandel, Individualisierung und kultureller Liberalisierung einhergehende Kulturkonflikt die neuen sozialen Bewegungen entstehen und begünstigte

1 *Lipset, S.M./Rokkan, S.*: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments, New York, 1967, 1–64.

dann den Aufstieg der Grünen. Den Gegenbewegungspol besetzten vor allem die Unionsparteien.[2]

Dieser Konflikt ließ sich jedoch nicht mehr in das hergebrachte Schema des Klassenkonflikts oder des Kirche-Laizismus-Konflikts einordnen. Offenkundig geht es bei der neuen Bruchlinie um einen eigentümlichen Werte- und Kulturkonflikt, der als Libertarismus-Autoritarismus-Konflikt in die Parteienliteratur Eingang fand.[3] Diese Spannungslinie speist sich aus einer Reibungsenergie, die von der Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse hervorgebracht wird. Werden durch Wandlungsimpulse die hergebrachte Wertekultur einer Gesellschaft und damit vorherrschende Konventionen, Lebensstile und Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens insgesamt infrage gestellt, sind hierin auf der einen Seite Promotoren und Trägergruppen des kulturellen Wandels involviert, während sich auf der anderen Seite in Reaktion darauf Trägergruppen des traditionalistischen Kulturgefüges abgestoßen und bedroht fühlen. Eigentümlich für die neue Konfliktlinie ist, dass es soziologisch nicht glücken will, die Trägergruppen des Konflikts im gesellschaftlichen Sozialgefüge exakt zu verorten. Anders als noch beim Klassenkonflikt und dem Kirche-Laizismus-Konflikt mangelt es an einer eingrenzbaren Milieustruktur, die sich politisieren ließe.

Die libertär-autoritäre Spannungslinie erstreckt sich über ein Kontinuum, welches am Linkspol mit radikal libertären Wertvorstellungen beginnt und am Rechtsaußenpol mit illiberalen, völkisch-rechtsextremen Wertpositionen endet: hier das libertäre Lager mit seiner Präferenz für individuelle Selbstverwirklichung und Freizügigkeit, Menschenrechte, Gleichstellung von Mann und Frau und Stärkung von Minderheiten; dort das autoritäre Lager, welches Tradition, Anpassungs- und Unterordnungswerte, Sicherheit, Recht und Ordnung, Patriotismus und homogene Vergemeinschaftungswerte hoch hält.[4] Mit Blick auf die Links-Rechts-Achse verbindet sich der Libertarismus mit einer linksliberalen Position, wobei allerdings das Linke daran nur noch sehr entfernt etwas mit dem klassischen Anliegen, gegen soziale Ungleichheit anzugehen und sozial Benachteiligten kollektiv bessere Lebenschancen zu erkämpfen, gemein hat. Das libertäre Lager ist überwiegend in

2 Siehe *Wiesendahl, E.*: Überhitzung und Abkühlung: Parteien und Gesellschaft im Zeitenwechsel der siebziger und achtziger Jahre, in: Schildt, A. (Hg.): Transformationen des deutschen Parteiensystems, Hamburg, 2002, 138–169.

3 Siehe *Stöss, R.*: Gesellschaftliche Konflikte und Wettbewerbssituation der Parteien vor der Bundestagswahl 1998, in: Fuchs, D./Roller, E./Weßels, B. (Hg.): Bürger und Demokratie in Ost und West, Wiesbaden, 2002, 414–430, hier 419 ff.; *Niedermayer, O.*: Gesellschaftliche und parteipolitische Konfliktlinien, in: Kühnel, S./Niedermayer, O./Westle, B. (Hg.): Wähler in Deutschland, Wiesbaden, 2009, 30– 67, hier 40 ff.

4 Siehe *Neugebauer, G.*: Politische Milieus in Deutschland, Bonn, 2007, 48 ff.

bildungsbürgerlichen Kreisen der gehobenen Mittelschichten zuhause und verdient sein Brot zumeist im öffentlichen Bildungs- und Erziehungssektor sowie im Bereich der Humandienstleistungen. Bei Wahlen tendiert es vor allem zu den Grünen, in Teilen aber auch zur SPD und den Linken.

## III. Die libertär-humanitäre Basis der Willkommenskultur

Im libertären Lager löste der Flüchtlingszustrom schon im Sommer 2015 eine emphatische Willkommenshaltung aus, deren Nährboden bereits zuvor angelegt war. So hat sich ein zivilgesellschaftlich verankertes loses Netzwerk aus Kirchenkreisen, Menschenrechts-, Pro Asyl-, Dritte Welt- und Friedensgruppen über die Jahre hinweg des Elends wachsender Flüchtlingsströme im Weltmaßstab angenommen, was durch die akute Flüchtlingskrise dann aber eine ganz andere Dimension annahm. Das sozial inhomogene libertäre Lager wird durch einen gesinnungsethischen Humanismus zusammengehalten, der sich gegenüber Flüchtlingen in der zutiefst beseelten, offenherzigen Willkommenskultur äußert. Aus dieser Grundhaltung heraus versteht sich das Lager als uneigennütziger, mitmenschlicher Anwalt der nach Deutschland hineinströmenden Flüchtlinge. Dies erklärt die spontane Begrüßungsaktion, mit der Münchner Bürger am 1. September 2015 für im Hauptbahnhof eintreffende Flüchtlinge applaudierend ein Empfangsspalier bildeten und sie mit Teddys, gebrauchter Kleidung und Essenspaketen versorgten.[5] Aus spontaner, selbstloser Hilfsbereitschaft entstanden auch die zahlreichen lokalen Helferinitiativen, die zusammen mit Freiwilligen und Ehrenamtlichen der Sozialverbände die den zuständigen Behörden über den Kopf wachsenden Unterkunfts- und Versorgungsprobleme in den aus dem Boden schießenden Flüchtlings-Erstaufnahmelagern zu bewältigen halfen. Tief empfundene menschliche Nächstenliebe und christliche Barmherzigkeit bewegen auch die Kirchen, mit ihren zahlreichen Gemeindegruppen und Laienorganisationen die Willkommenskultur aktiv zu unterstützen.

Des Weiteren zählen Kulturschaffende, Journalisten und Intellektuelle zu dem Unterstützerkreis, von denen einige in der Willkommenskultur eine Zeit lang die Chance für einen gesellschaftlichen Großversuch sahen, Deutschland zu einer enttraditionalisierten, postnationalen, freizügigen, minderheitsaffinen, multiethischen und multikulturellen Gesellschaft umzuwandeln. Auch in grün-alternativen

5 *Popp, M./Ulrich, A./Wiedmann-Schmidt, W.*: Chronik einer Überforderung, in: Der Spiegel, 3 (2016), 26–29.

Milieus findet diese Leitidee breiten Anklang. Das universalistisch-internationalistische Solidaritätsprinzip mit den Ausgebeuteten dieser Welt bringt Teile der Linken in Schulterschluss mit dem libertär-humanistischen Lager. Dieses wähnt sich mit seinen Wertvorstellungen als besonders avantgardistisch, progressiv und modern, wodurch es sich in abweisender Distinktion gegenüber dem rückständigen, reaktionären, autoritären Lager des Kulturkonflikts abgrenzt.

Migration ist aus diesem Blickwinkel per se erwünscht, weil sie den Ausgangspunkt bilden soll, „Deutschland neu zu denken“[6]. Dabei gehe es um eine „postmigrantische Gesellschaft“, die „fluide Wertkategorien“ zur Basis nimmt, um „etablierte Wertkategorien wie nationale Identität oder Bezugspunkte zu Religiosität zu hinterfragen“[7]. Willkommenskultur steht für „Lebendigkeit“ und setzt eine Beschleunigungsdynamik frei, damit „festgefügte Identitäten, kulturelle Codes und Lebensweisen in Bewegung geraten“[8]. Ähnlich äußert sich die Zeit-Redakteurin *Mariam Lau* in einer *Phoenix*-Runde[9], wonach mit der Veränderung des Lebens durch Flüchtlinge „Deutschland jeden Tag (…) interessanter“ würde. Es entwickele sich zu einem „Glücksland“. Dass sich das Land verändern wird, lässt die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag auf dem Parteitag der Grünen im Herbst 2015 ausrufen: „Ich freue mich darauf“.

Was das libertär-humanitäre Willkommenslager bewegt, findet in einer auch nach außen hin öffentlich verbreiteten gemeinsamen Erzählung seinen Ausdruck. Flüchtlinge, so der Kern des narrativen Deutungsrahmens, sind traumatisierte Menschen aus Syrien (nicht Nordafrika, Irak, Afghanistan oder Pakistan) in höchster Not, die gerade auf Leben und Tod den Fassbomben *Assads* und jüngst den Schlächtern des IS entronnen sind und als Schutzbedürftige Zuflucht in Deutschland suchen. Es ist deshalb ein moralisch nicht abweisbares Gebot, den von Krieg und Verfolgung gepeinigten Menschen Schutz und Unterschlupf zu gewähren. Mit Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Flüchtlingszustroms werden die Probleme damit abgetan, dass Deutschland ein reiches Land sei. Da die Schutzbedürftigen bleiben wollen und auch sollen, muss ihnen schnell die deutsche Sprache beigebracht und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Zunächst stand hierfür noch der syrische Arzt Pate. Jetzt heißt es, dass

6 *Foroutan, N.*: Ein neues Leitbild für Deutschland. Pluralität als gesellschaftliche Aufgabe der Zukunft, in: Reschke, A. (Hg.): Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge, Reinbek bei Hamburg, 2015, 283–295, hier 288.

7 *Foroutan, N.*, a.a.O., 290.

8 *Karakayali, S.*: Kosmopolitische Solidarität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 66/13-14 (2013), 21–26, hier 26.

9 *Phoenix-Runde*: „Streit ohne Ende – Koalition ohne Kompass?“ v. 10.02.2016, 22.15 bis 23.00 Uhr.

es um arbeitswillige junge Männer geht, die, wenn sie nur entsprechend ausgebildet werden, mühelos den allseits beklagten Facharbeitermangel beseitigen könnten.

An dieser Stelle reißt der bisherige humanitäre Erzählfaden ab. Denn aus dem schutzbedürftigen Flüchtling, der allein aus diesem Grund ohne Ansehen seiner Person, Herkunft und Qualifikation willkommen geheißen wird, wird ein Einwanderer. Dass für eine Einwanderungsgesellschaft Anforderungen und Eignungskriterien für Migranten festzulegen wären, bleibt dabei ausgeblendet. Auch schicken sich weitere Fragen nicht, etwa wer die Flüchtlinge denn seien, woher sie aus welchen gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnissen kommen, was sie gerade nach Deutschland treibt, weil sonst an der Not und Schutzbedürftigkeit der Zuwanderer Zweifel gesät werden könnten. Nur die Kölner Silvesternacht brachte für einen kurzen Moment die Frage auf, ob der soziokulturelle Sozialisations- und Erfahrungshintergrund, den Flüchtlinge aus ihren Herkunftsländern mitbringen, nicht im Widerspruch zur unveräußerlichen Selbstbestimmung, Mündigkeit und Würde des Einzelnen und den Grundlagen freiheitlich-toleranten Zusammenlebens in Deutschland stehen könnte. Vor diesem Hintergrund Probleme und Risiken der Flüchtlingsintegration einfach auszublenden, grenzt an Realitätsverweigerung. Mahnend merkt an dieser Stelle *Heinrich August Winkler* an: „Viele der Herkunftsländer sind zerfallende und zerfallene Staaten. Fast alle sind autoritäre, hierarchische und patriarchalische, durch Clanstrukturen, Korruption und Gewalt geprägte Gesellschaften, in denen antifeministische, homophobe und judenfeindliche Überzeugungen weit verbreitet sind.“[10] Zu ergänzen ist, dass Rechtsstaatlichkeit mit einer unabhängigen, neutralen Justiz weitgehend unbekannt ist, stattdessen herrscht verbreitet die Scharia. Das Leitbild für die individuelle Selbstfindung und das gesellschaftliche Zusammenleben wird durch die Ehre bzw. Schande der Familie vorgegeben. Arrangierte Ehen und Zwangsheirat, selbst die Vielehe von Männern sind noch weit verbreitet. Das politische Koordinatensystem wird zudem nicht durch freies Staatsbürgertum gebildet, sondern an der ethnischen Herkunft bzw. der Stammes- oder Clanzugehörigkeit ausgerichtet. Politisch, gesellschaftlich, kulturell und ökonomisch ist deshalb von hohen mentalen Integrationsbarrieren auszugehen, die je nach Wohnsituation und landsmannschaftlich homogener räumlicher Zusammenführung einer Vielzahl von Migranten auch zur Segregation in Parallelgesellschaften führen können. Der Zugang zum Satellitenfernsehen perpetuiert dabei kulturelle Anbindungen an die Herkunftsländer. Der

10 *Winkler, H.A.*: Wer hat die Deutschen zu Richtern der Nationen bestellt?, in: Süddeutsche Zeitung v. 22.12.2015, 11.

Familienverband dürfte sicherstellen, dass die spezifischen moslemischen Wertvorstellungen an die nachwachsende Generation von Flüchtlingskindern weitergegeben würden.

Die von der libertären Minderheit anfangs beherrschte öffentliche Debatte hatte einen sich selbst tragenden schwärmerischen Schwung, als müsste Deutschland etwas Übles, Rückständiges ausgetrieben werden. Dabei ist das libertär-humanistische Lager von seiner zivilreligiös inspirierten Pro-Flüchtlingshaltung dermaßen beseelt und überzeugt, dass es ihm ein missionarisches Anliegen ist, der Mehrheitsgesellschaft seine gesinnungsethisch-humanitäre Willkommenskultur einzuimpfen. Das Flüchtlingsdrama wird zum Testfall für das weltoffene, von Engstirnigkeit befreite Deutschland.

## IV. Die Grenzöffnungsentscheidung der Kanzlerin vom 04. September 2015 und der humanitäre Imperativ

Ohne die von Kanzlerin *Merkel* am 04. September 2015 getroffene Entscheidung, in Ungarn unter elenden Umständen festgehaltenen Flüchtlingen pauschal die Einreise nach Deutschland zu erlauben, wäre es nicht zur Flüchtlingskrise in Deutschland gekommen, und der Kulturkonflikt um die Flüchtlingsfrage hätte nicht solche kulturkämpferischen Auswüchse angenommen. Insofern stehen Öffnungsentscheidung, Flüchtlingskrise und Kulturkonflikt in einem engen Bedingungsverhältnis. Entscheidungslogisch betrachtet intervenierte die Kanzlerin – ohne allergrößte Zeitnot und ohne unabweisbaren Entscheidungsdruck sowie ohne sich mit den europäischen Partnerländern im Hinblick auf ihre Entscheidung abzusprechen – in eine sich in Ungarn aufschaukelnde Krisenlage hinein, womit sie einen Weg aus der dortigen Krise wies, der Deutschland jedoch in den Mittelpunkt der europäischen Flüchtlingskrise rückte. *Merkels* Grenzöffnungsentscheidung brachte also keine Lösung des Flüchtlingsproblems, sondern löste im Gegenteil für Deutschland erst die Flüchtlingskrise aus, die bis heute anhält. Dieser Ursache-Wirkung-Zusammenhang ist entscheidungslogisch von größter Brisanz. So hebelte die Grenzöffnungsentscheidung zum einen die Dubliner Verträge und das Schengen-Abkommen zur europäischen Regelung der Flüchtlingsfrage aus. In der Folge kam es im Rahmen eines „Sogeffektes“ zu jener über die Balkanroute verlaufende Völkerwanderung, die an den griechischen Außengrenzen Europas nicht aufzuhalten war und die die zur EU gehörenden Transitländer dazu verleitete, die Migranten ohne reguläre Erfassung und Prüfung ihrer Identität nach Deutschland „durchzuwinken“.

Nach innen stellte die Kanzlerin, ähnlich wie 2011 bei ihrer autokratischen ad-hoc-Ausstiegsentscheidung aus der Kernenergie, mit ihrem Grenzöffnungsbeschluss Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor vollendete Tatsachen. Anders als 2011 ging der Grenzöffnung jedoch keine langjährige Auseinandersetzung um die Zukunft der Kernkraft voraus, sondern wurde *par ordre du mufti* dekretiert; die Entscheidung war nicht mehr rückgängig zu machen. Durch die Grenzöffnung ergoss sich nun ein von Tag zu Tag anschwellender Flüchtlingsstrom in die unvorbereitete Bundesrepublik, was die für die Flüchtlingsaufnahme zuständigen Behörden an den Rand des Staatsnotstands brachte.[11] Selbst nach Wiedereinführung von Kontrollen an der bayerischen Grenze am 14. September 2015 hielt der ungeregelte und chaotische Zufluss von Flüchtlingen nach Deutschland an. Dass Flüchtlinge in großer Zahl unregistriert und erkennungsdienstlich nicht erfasst die offene Grenze nach Deutschland überschritten, war der schieren Masse und den chaotischen Grenzkontrollbedingungen geschuldet. In den kommunalen Erstaufnahmelagern setzte ein unkontrolliertes Kommen und Gehen ein. Nur durch die Unterstützung von freiwilligen Initiativgruppen, Helfern der Sozialverbände und tausenden von Bundeswehrsoldaten konnte die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in den Lagern notdürftig sichergestellt werden. Aufgrund des Massenansturms warten die auf engem Raum zusammenlebenden Flüchtlinge monatelang, um einen Asylantrag stellen zu können. Erst noch zu rekrutierendes und zu qualifizierendes Personal hindert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) daran, die Anträge zügig zu bearbeiten und entscheiden zu können. Der Einbruch der Winterzeit dürfte aber nur vorläufig zum Abflauen des von Schleppern organisierten Flüchtlingsstroms geführt haben, wobei seit der Grenzschließung durch die Balkanländer unter Führung Österreichs der Flüchtlingsstrom nach Deutschland hinein fast zum Versiegen gekommen ist – das aber um den Preis einer humanitären Katastrophe für zehntausende von Flüchtlingen, die sich an der griechisch-mazedonischen Grenze stauen.

Vor diesem Hintergrund stellt die Grenzöffnungsentscheidung von *Angela Merkel* eine der einschneidendsten und weitreichendsten Entscheidungen der Kanzlerin in ihrer zehnjährigen Amtszeit dar, die im Folgenden mit Blick auf ihre entscheidungspolitische und ihre darstellungspolitische Dimension[12] betrachtet wird. Notwendig erscheint dies, um deren jeweiligen Anteil an der Öffnungsentscheidung

11 *Hesse, J.J.*: Staatsversagen? Bankrotterklärung Europas? Anmerkungen zur Flüchtlingskrise, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 13/3 (2015), 336–355.

12 *Korte, K.-R./Hirscher, G.*: Vorbemerkung, in: dies. (Hg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München, 2000, 11–12, hier 11.

erfassen zu können. So ist es wichtig zu erfahren, in wieweit die Entscheidung einer moralisch fundamentierten Gesinnungshaltung entsprang oder ihre sich auf moralische Prinzipien stützende, darstellungspolitische Rechtfertigung zur Absicherung einer von der Sache her stark angreifbaren Fehlentscheidung diente.

Aufzeigen lässt sich retrospektiv, dass die Bundesregierung dem seit Sommer ansteigenden Flüchtlingszustrom tatenlos zusah. Sie lief, wenn sie denn reagierte, „den Entwicklungen stets hinterher, tat zu wenig, oft zu spät“[13]. Die Zuspitzung der Flüchtlingssituation im Herbst hätte also durchaus vorhergesehen werden können. Schwerlich ist davon auszugehen, dass die Kanzlerin die einschneidenden Folgen ihrer ad-hoc-Entscheidung hinreichend ins Kalkül einbezogen hat. Näher liegend ist dagegen die Deutung, die Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* in eine Lawinen-Metapher kleidete: „Lawinen kann man auslösen, wenn irgendein etwas unvorsichtiger Skifahrer an den Hang geht und ein bisschen Schnee bewegt (…) Ob wir schon in dem Stadium sind, wo die Lawine im Tal unten angekommen ist, oder ob wir in dem Stadium im oberen Ende des Hanges sind, weiß ich nicht“[14]. Aus dieser Sicht ist von einer entscheidungspolitisch unvorsichtigen und unbedachten Fehlentscheidung der Kanzlerin auszugehen, für die aber aus moralischer Sicht triftige Gründe sprechen könnten. Jedenfalls schlug die Kanzlerin eine bemerkenswert affektbesetzte Rechtfertigungslinie ein, die sie mit symbolträchtigen Willkommensgesten gegenüber Flüchtlingen unterfütterte.

Dass die Kanzlerin darstellungspolitisch bei der Flüchtlingsfrage in die Rolle der Moral- und Gefühlspolitikerin schlüpfte, stellt eine große Überraschung dar, wurde sie doch in ihrer zehnjährigen Kanzlerschaft so gut wie nie zur Gruppe der Affektpolitiker im Berliner Politikbetrieb gezählt. Vielmehr war ihr vorheriger Selbstinszenierungsstil eher nüchtern-gefühlskontrolliert und stilisierte sie zu einer sachpolitischen Problemlöserin. Zudem war sie gegenüber den Medien strikt auf die Kontrolle ihres öffentlichen Erscheinungsbildes bedacht.[15] Die Entwicklung dahin, Gefühle in ihren öffentlichen Äußerungen und Inszenierungen zu zeigen, deutete sich indes schon etwas länger an[16], wobei sie entgegen ihrer vorhergehenden Sprechweise eine neue Tonlage anschlug. So warnte sie in ihrer Neujahrsansprache vom 31. Dezember 2014 davor, an Pegida-Demonstrationen teilzunehmen. Ihr Appell: „Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen.“ Diese Formulierung

13 *Popp, M./Ulrich, A./Wiedmann-Schmidt, W.*, a.a.O., 26.
14 *Spiegel online*: Zuwanderung nach Europa, 12.11.2015.
15 *Kröter, T.*: Die neue Gelassenheit der Angela Merkel, in: Frankfurter Rundschau v. 01.06.2015, 34–35.
16 *Van Ackeren, M.*: Wie Merkel lernte, Gefühle zu zeigen, in: FOCUS, 15 (2015), 30–32.

wiederholte sie in der nachfolgenden Neujahrsansprache vom Silvester 2015 wortwörtlich. Den zahlreichen freiwilligen Helfern dankte sie gleichzeitig für ihre „Herzenswärme". Auch sprach sie sich als Leitbild für „ein Land (…), in dem wir selbstbewusst und frei, mitmenschlich und weltoffen sind" aus.

Zugleich schlug sie wegen der Kritik an einigen *Selfies* mit Flüchtlingen, die um die Welt gingen, am 15. September 2015 eine emotionale und moralisch aufgeladene Tonlage an, die in dem Satz gipfelte: „Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land."[17] Dann lieferte die Kanzlerin auf dem CDU-Parteitag vom 14. Dezember 2015 in Karlsruhe für ihre Entscheidung eine weitere aufschlussreiche Erklärung nach, dass nämlich ein „humanitärer Imperativ"[18] sie geleitet habe. Geltend wird also eine sittlich gebotene, normative Handlungsmaxime gemacht, die zu einem ethisch gewissenhaften Entscheiden geführt habe. Nur läuft solch eine Entscheidung nach *Max Weber* auf „Gesinnungsethik" hinaus. Denn gesinnungsethisch handelt, „wer sein Verhalten ausschließlich an ethischen Zielen orientiert und eine Verantwortung für die unbeabsichtigten negativen Folgen seines Verhaltens ablehnt". Dagegen würde verantwortungsethisch handeln, „wer die Verantwortung für die beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen seines Handelns übernimmt und sein Verhalten danach ausrichtet".[19]

Vor diesem Hintergrund ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass die Kanzlerin ihren Umgang mit der Flüchtlingskrise gesinnungsethisch-moralisch überfrachtet. Befördert wird damit eine Moralisierung von Politik, die von ihren Verfechtern überall Verrat an moralischen Prinzipien wittert. Übel wollend könnte man deshalb der Kanzlerin, ob gezielt oder angelehnt an die Willkommenskultur, unterstellen, eine moralische Entlastungslinie aufzuziehen, um sich gegenüber dem Vorwurf abzuschirmen, plan- und konzeptionslos, also vernunftmäßig unüberlegt, selbst verantwortungsethisch nicht statthaft gehandelt zu haben. Der britische Migrationsökonom *Paul Collier* steuert hierzu die sarkastische Bemerkung bei, dass „*Angela Merkel* eine Heilige sein wollte"[20]. Als Moralpolitikerin umgibt sich die Kanzlerin, unterstützt von den Wortführern des humanistischen Lagers,

17 *Merkel, A.*, zitiert nach *n-tv* v. 15.09.2015: „Dann ist das nicht mein Land", http://www.n-tv.de/politik/Merkel-Dann-ist-das-nicht-mein-Land-article15938301.html.

18 *Delhaes, D.*: CDU-Parteitag. Merkels humanitärer Imperativ, in: Handelsblatt v. 14.12.2015, 4.

19 *Weber, M.*: Der Beruf zur Politik, in: ders.: Soziologie, weltgeschichtliche Analysen, Politik, Stuttgart, 1964, 174 f.

20 *Collier, P.*: „Merkels Flüchtlingspolitik ist verwerflich", Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung v. 14.02.2016, 27.

so mit einem wie in Watte gepackten Kokon, an dem eine sachlogisch vorgebrachte Kritik an ihrer Öffnungsentscheidung und der Offenhaltung der Grenze abperlt. Von der politischen Verantwortung für die dramatischen praktischen Folgen ihrer Fehlentscheidung kann sie sich deshalb auch dispensieren. Sie dafür zu kritisieren ist gewissermaßen moralisch anrüchig. Denn wer aus humanitärer Gesinnungshaltung heraus etwas so Ehrenwertes tut, ist Sachkritik gegenüber erhaben.

## V. Libertäres und autoritäres Lager im Kulturkampf

Die Flüchtlingskrise hat nicht nur das libertäre, sondern auch das autoritäre Lager auf den Plan gerufen, was sich am augenfälligsten an den bereits Ende 2014 in Dresden einsetzenden Pegida-Demonstrationen dokumentieren lässt. Vom autoritären Gegenpol-Lager fühlen sich durch die Flüchtlingskrise verängstigte Bürgerinnen und Bürger angezogen, die sich in ihrem festgefügten ethnozentrischen Weltbild von fremden, gar noch muslimischen Zuwanderern kulturell bedroht und überfremdet fühlen. Dies wird mental mit in Teilen intoleranten fremdenfeindlichen Abwehr- und Ausgrenzungsreflexen beantwortet. Der Übergang von rechtskonservativen Anpassungs- und kulturellen Homogenitätsgesinnungen zum Extrem des völkisch-rassenideologisch verbrämten Fremdenhasses ist fließend. Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte finden hier ihren Nährboden. Das autoritäre Lager ist von seinem Impetus trotzig-defensiv und erblickt in der Willkommenskultur einen Anschlag und eine gezielte Verschwörung gegen Heimat und Volk in seinem Deutschtum. Aus seiner Wagenburg bricht es gelegentlich mit „Wehrt Euch"-Aktionen aus – deshalb etwa auf Pegida-Demonstrationen die militante Feindseligkeit, mit der die Politik („Wir sind das Volk") und die Medien („Lügenpresse") attackiert werden. Die diskreditierenden Gegenreaktionen der so Angegriffenen führen dem Lager neue Nahrung zu, um sich in seinen Verschwörungsphantasien bestätigt zu fühlen. Was Deutschland durch die Flüchtlingsschwemme alles blüht, sehen die Lageranhänger durch das Menetekel der Pariser Anschläge und die Kölner Silvester-Ereignisse vorgezeichnet. Die durch die Flüchtlingskrise virulent gewordene kulturelle Überfremdungs- und soziale Entwertungsangst nistet nicht nur im autoritären Lager. Sie ist teilweise auch bis hin in konservativ-bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise mentalitätsprägend.

Gleichwohl stellt das autoritäre Lager nur eine gesellschaftliche Minderheit dar, die weit davon entfernt ist, die Mitte der Gesellschaft zu infizieren. Die libertären Anhänger der Willkommenskultur greifen dagegen dankbar die These von der Radikalisierung des Bürgertums und der Rechtsdrift der Mittelschicht auf, um sich

damit kulturkämpferisch gegen das rechtsautoritäre Lager zu munitionieren. Selbstzweifel daran, in diesem Kampf etwa nicht auf der richtigen, moralisch unantastbaren Seite zu stehen, schließen sich aus, hat doch selbst der Bundespräsident in Reaktion auf eine Flüchtlingsheimattacke in Nauen die biblische Unterscheidung zwischen Himmel und Hölle bemüht, als er bei einem Besuch einer Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf vom 25. August 2015 Deutschland in zwei Lager aufteilte: „Es gibt ein helles Deutschland, das sich leuchtend darstellt gegenüber dem Dunkeldeutschland, das wir empfinden", wenn es um fremdenfeindliche Aktionen und Attacken gegen Flüchtlingsheime ginge.[21] Mit dem Prädikat des hellen Deutschlands geadelt, nahmen die Proponenten des libertär-humanitären Lagers die „strahlende Seite" und die „dunkle Seite von Deutschland" dankbar auf[22], um sie gegen das Lager der Flüchtlingsgegner auszuspielen. Und dies nach klarer Feldordnung: dort die „einen, um aufzubegehren gegen die humanitären Werte, die Demokratie, den Staat. Die anderen, um genau das zu verteidigen."[23]

So bleibt es nicht aus, dass sich das gute Willkommenslager, von der hergestellten öffentlichen Meinung protegiert, berufen fühlt, für das moderne und fortschrittliche Deutschland, kurz für die weltoffene Mehrheitsgesellschaft sprechen zu können. Denn für den bipolaren Kulturkampf ist die Grundprämisse konstitutiv, dass die Verbreitung menschenfeindlicher Vorurteile gegen Flüchtlinge und Fremde die Mitte der Gesellschaft bereits rechtspopulistisch polarisiert habe. Besonders prononciert wird die Rechtsdrift-These der Mittelschicht von der Bielefelder Forschungsgruppe um *Andreas Zick* verfochten, die der Mehrheitsgesellschaft als „normbildende Mitte" bescheinigt, mit ihrer „Menschenfeindlichkeit" „instabil, brüchig" zu werden. Deshalb bilde der Rechtspopulismus „einen Gegenpol zu einer Zivilgesellschaft, die sich auf der anderen Seite zunehmend offen für Vielfalt zeigt und in der sich viele Menschen für Flüchtlinge und gegen Menschenfeindlichkeit engagieren".[24]

In der Tat ist die sozioökonomische und politische Mitte nach vorliegenden Befunden[25] vor fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Einstellungsmustern

21 *Tagesspiegel.de*: Joachim Gauck in Wilmersdorf, 26.08.2015.
22 *Reschke, A.*: Und das ist erst der Anfang, in: dies. (Hg.): Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge, Reinbek bei Hamburg, 2015, 9–27, hier 11.
23 *Ibid.,* a.a.O., 15.
24 *Zick, A./Klein, A.*: Fragile Zustände, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn, 2014, 12–23, hier 17.
25 *Neu, V./Pokorny, S.*: Ist „die Mitte" (rechts)extremistisch?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 65/40 (2015), 3–8, hier 7 f.

nicht gänzlich gefeit. Sie ist hierfür aber im Vergleich speziell zur Oberschicht sowie zur Gruppe politisch Rechtsstehender am geringsten anfällig. Die jüngste Erhebung der *Zick*-Gruppe von 2014 zeigt sogar einen rückläufigen rechtsextremistischen Mentalitätsanteil der sozioökonomischen Mitte der Gesellschaft. Die These von der rechtsextremistischen Anfälligkeit, gar Hinneigung der Mitte dient aber offenbar als Bindeglied, um die kulturkämpferische bipolare Kluft-These zu untermauern. Dadurch dass die gesellschaftliche und politische Mitte ausgeblendet bzw. überlagert wird, reduziert sich die reale plurale Meinungs- und Strömungsvielfalt in der Gesellschaft im Umgang mit der Flüchtlingsfrage auf einen bipolaren kulturellen Lagerkampf. Das freiheitlich-demokratische Prinzip der Meinungsvielfalt, des kritischen Diskurses und der Streitkultur, der kontroversen Debatten ist das erste Opfer dieses moralisch aufgerüsteten, gesinnungsfundamentalistischen Kulturkampfs.

## VI. Die Mitte zwischen den Lagerfronten

Auf eine noch nie dagewesene Art und Weise wird in Deutschland um die Flüchtlingsfrage ein Kulturkampf ausgetragen, in dem die mittige Mehrheitsgesellschaft nicht vorkommt. Nur dem Wunsche und dem Schein nach wird sie vom libertär-humanitären Lager repräsentiert, das sich in der Sorge ergeht, die Mitte könne nach rechts wegrutschen. So wenig Mitte gab es in einem Land, was sich Vernunft, Maß und Realismus auf die Fahnen schreibt, bei einer Streitfrage bislang nicht. Die Mitte schweigt vernehmlich, weil sie öffentlich beschwiegen wird und sie sich über kein mediales Sprachrohr öffentlich Gehör verschaffen kann. Stattdessen sieht sie sich einem Schweigedruck ausgesetzt, sich öffentlich gegen eine imperial daherkommende humanitäre Willkommenskultur zu stellen. Sie spürt, dass man, wenn man den libertär-humanistisch vorgegebenen Deutungs- und Meinungskorridor verlässt, rasch in die Ecke der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge gerückt oder gar zum Fremdenfeind abgestempelt werden könnte. Die Mitte schlüge in ihrer Konfliktscheu aber auch aus der Art, wenn sie im Lagerkonflikt Flagge zeigen würde.

Die Mitte gesellschaftlich zu verorten, ist methodisch problembelastet. Nach dem Krieg bestand noch eine bürgerliche Mehrheitskultur, die sich über Leistung und Arbeit, Askese, Respekt, Familie sowie Anpassungs- und Unterordnungserziehung auszeichnete.[26] Früher noch waren Mittelschicht und bürgerliche Mentali-

26 *Hradil, S./Schmidt, H.*: Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht, Bad Homburg, 2007, 163–226, hier 178 f.

tätsausprägung in eins zu setzen. Diese Verbindung löste sich jedoch in der Nachkriegszeit auf, sodass maximal ein Fünftel der Bevölkerung unter die Kategorie Bürgertum fällt, während das, was als Mittelschichten bezeichnet wird, auf etwa die Hälfte der Bevölkerung zutrifft.[27] Mit den Umbruchjahren verlor die hergebrachte bürgerliche Leistungs- und Anpassungskultur ihre „Leitbildfunktion" und neue bürgerliche Teilkulturen mit abweichenden Werten und Mentalitäten fanden in sich herausbildenden Lebensstilmilieus einen Nährboden.[28]

Davon unberührt findet die gesellschaftlichen Mitte ihren Platz nach wie vor im Dazwischen: zwischen oben und unten, zwischen links und rechts. In vertikaler Hinsicht werden von ökonomischer und soziologischer Seite die Einkommenshierarchie und gesellschaftliche Schichtungsansätze herangezogen, um die Mitte zu verorten. Für die wichtige subjektive Selbstzuordnung zur Mittelschicht sehen sich rund 60 % der Westdeutschen der Mittelschicht zugehörig. Bemerkenswert ist, dass die Ostdeutschen inzwischen den Trend zur Mittelschicht unter Preisgabe der Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht nachvollzogen haben.[29] Für eine differenzierte Nahsicht der umfangreichen Mittelschicht ist es angebracht, nach oberer, mittlerer und unterer Mittelschicht zu unterscheiden. Geht es nämlich um die breit diskutierten Schrumpfungs- und Abstiegsphänomene der Mittelschicht, sind hiervon zuvörderst Angehörige ihrer unteren Ebene erfasst, die entsprechend von Abstiegs- und sozialen Ausschlussängsten geplagt werden.[30]

Die Mitte ist mit der Mehrheitsgesellschaft identisch. Sie ist ihrem Bestimmungsmerkmal nach Extremen abhold, also bildet sie sowohl von ihrer sozialen Platzierung als auch ihrer ideologischen Positionierung her einen axialen Stabilitätsanker. Nach Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen rechnen sich die benannten rund 60 % der Bevölkerung in der ideologischen Selbsteinschätzung zur politischen Mitte.[31] Sozial und mental verkörpert sie die Trägergruppe der Aufsteigergesellschaft. In ihrer sozialen Verankerung erstreckt sie sich über das aufgeschlossene Bürgertum und die umfangreichen neuen Mittelschichten. Nach unten hin grenzt sie an eine wirtschaftlich bedrohte Übergangsschicht an, die aus Sorge um ihren Abstieg in die Unterschicht wirtschaftlich und sozial begründete Ängste und Vorbehalte gegen den massenhaften Zustrom an Flüchtlingen vorbringt.

27 *Ibid.*, a.a.O., 172.
28 *Ibid.*, a.a.O., 198 ff., 211 ff.
29 *Geißler, R.*: Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. grundl. überarb. Aufl., Wiesbaden, 2014, 104 f.
30 *Arndt, C.*: Zwischen Stabilität und Fragilität: Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland?, Berlin, 2012, 38 f., 77 ff.
31 *Forschungsgruppe Wahlen*: Politbarometer, 3 (2013).

Die Mitte weiß zwischen der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimension der Flüchtlingszuwanderung zu unterscheiden. Auf das Asylrecht lässt sie nichts kommen. Das, was Freiwillige und Ehrenamtliche an Einsatz für die Flüchtlinge aufbringen, findet größte Anerkennung. Mit ihrem Pragmatismus und nüchternem Blick brachte sie gegenüber der Willkommenskultur einiges Wohlwollen auf. Dies war mehrheitlich allerdings nur auf den September 2015 begrenzt, weil bereits im Oktober die Ängste vor den vielen Flüchtlingen überhandnahmen. Ihr ist vor allem der von den Medien als „humanitäre Großtat“[32] inszenierte Willkommenshype suspekt und sie verliert nicht den kritisch-realistischen Blick für die Probleme der ungeordneten Masseneinwanderung. Immer mehr beschleicht sie der Verdacht, von den Medien einseitig über die Flüchtlingssituation unterrichtet zu werden.[33] Eine Herzensangelegenheit sind ihr die Flüchtlinge also nicht, schon gar nicht in dem Ausmaß ihres Kommens. Ins Auge sticht ihr dabei, dass der Flüchtlingstreck aus Nahost von der Türkei über die Balkanroute verläuft, um dann im Zielland Deutschland zu enden. Dies hat ihrer Ansicht nach mit der Grenzöffnung durch die Kanzlerin zu tun, die mit ihrer Einladung den Flüchtlingsstrom verursachte. Die distanzlosen *Selfies* mit *Angela Merkel* betrachtet sie in diesem Zusammenhang als unbedachte Willkommensgeste und schweren Fehlgriff. Jenseits allen Asyl- und Flüchtlingsrechts tut sich die Mitte schwer, in den syrischen Zuwanderern unmittelbar bedrohte Schutzbedürftige zu sehen, zumal sie in Überzahl aus Lagern in der Türkei, dem Libanon und Jordanien kommen, wo sie schon längere Zeit verbracht haben. Plausibler ist deshalb für sie, dass es in der übergroßen Zahl um Migranten geht, die in Deutschland dauerhaft für sich und ihre Familien ein besseres Leben zu finden hoffen. Dass sich die hier Ankommenden rasch in den Arbeitsmarkt integrieren lassen werden, ist für sie ausgeschlossen. Die pragmatische Mitte ist von ihrem Grundverständnis her weltoffen und tolerant, aber genau deshalb nicht bereit, die Augen vor den kulturellen Gegensätzen zu verschließen, die Flüchtlinge mit ihrer Werteprägung aus dem muslimisch-arabischen Kulturkreis nach Deutschland mit hineinbringen. Sie sah mit ihrem aufgeschlossenen Grundverständnis in Flüchtlingen bis zur Silvesternacht keine Bedrohung. Nun aber wächst die Sorge, dass junge, männliche Flüchtlinge aus dem arabisch-muslimischen und nordafrikanischen Kulturkreis Sicherheit und gesellschaftlichen Frieden in Deutschland beeinträchtigen könnten. Auch Terror-Ängste sind darin eingeschlossen.

32 *Jörges, H.-U.*: Das Parlament der Weckducker, in: stern, 2 (2016), 28.
33 *Köcher, R.*: Vertrauen und Skepsis – Bürger und Medien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16.12.2015, 8.

Die Mitte weiß, dass der Sozial- und Wohlfahrtsstaat das Ergebnis einer solidargemeinschaftlichen Aufbauleistung ist, die auf Geben und Nehmen beruht. Nun befällt die Mitte keineswegs ein engherziger Krämergeist, wenn es um die immensen Kosten geht, die für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge anfallen. Es zeigt sich aber, dass die Hochzeit des neoliberalen Zeitgeists mit weniger Sozialstaat und mehr individueller Eigenverantwortung in den Nullerjahren Spuren im Denken der Mitte hinterlassen hat. Jetzt, wo die bürokratische Sozialstaatsmaschinerie ein fürsorgliches unentgeltliches Rundumprogramm zur Ausstattung, Unterbringung, Krankheitsversorgung, Lebenshaltung, Nutzung von Kita-, Schul- und Ausbildungseinrichtungen sowie Hartz IV für Flüchtlinge auflegt, drängt sich bei der Mitte die Frage auf, wo das Prinzip der individuellen Eigen- und Gegenleistung bleibt, über das sich der solidarische Sozialstaat rechtfertigt. In der unteren Mittelschicht machen sich angesichts der Aufwendungen für die Flüchtlingsunterbringung und -integration sogar handfeste Sorgen breit, benachteiligt und ausgegrenzt zu werden.

Von Anfang an gab die mittige Mehrheit die *Merkel*'sche Beschwörungsformel „Wir schaffen das" an die Kanzlerin zurück und sah sie persönlich in der Verantwortung, den Flüchtlingsstrom deutlich und wirksam zu begrenzen. Die Zweifel daran, dass sie es schafft, haben mittlerweile überhandgenommen. Das ist auch der Grund, warum die anfängliche Aufgeschlossenheit und Aufnahmebereitschaft gegenüber den Flüchtlingen von „Genug ist genug"-Bedenken überlagert werden. Entsprechend werden Begrenzungs- und Abschottungsmaßnahmen zum Stopp des Flüchtlingsstroms unterstützt[34], selbst wenn diese in der Berliner Großen Koalition keine Unterstützung finden.

## VII. Die politischen Folgen des Kulturkampfs um die Flüchtlingsfrage

Die Parteien werden als zentrale politische Akteure in den Kulturkonflikt um die Flüchtlinge dadurch involviert, dass sie sich die kontroversen Positionen der Gesellschaft zu eigen machen und sie auf die Ebene der politischen Auseinandersetzung, der Parteienkonkurrenz übertragen. Sie sind es, die dabei die Anliegen und Erwartungen der Bevölkerung in politische Entscheidungen umsetzen. Hierdurch erfüllen sie ihre konstitutive Repräsentations- und politische Steuerungsfunktion. Dadurch dass es bei der Flüchtlingskrise um einen Wertekonflikt geht, bemisst sich ihre Repräsentationsleistung an der Wertekongruenz, mit der sie die konfligierenden Wertpositionen in ihrer ganzen Spannbreite unverzerrt zum Ausdruck

34 *Infratest dimap*: ARD-DeutschlandTrend Februar 2016.

bringen und auf die politische Agenda setzen. Das ganze Wertespektrum in der Auseinandersetzung um die Flüchtlingsfrage abzubilden, ist um einiges schwieriger als bei einem Klassenkonflikt, bei dem die gruppenspezifische Interessenrepräsentanz im Vordergrund stände. Doch beim virulenten Kulturkonflikt ist dessen soziale Lagerung zu amorph, um genau bestimmen zu können, für welche gesellschaftliche Gruppe oder welches soziale Milieu Parteien eine Sprachrohrfunktion übernehmen könnten.

Jedenfalls verfügt die gegenwärtige Flüchtlingskrise mit ihrem Konfliktpotenzial über das Format, das Abschneiden der Parteien bei Wahlen und damit die Tektonik der Parteienlandschaft erdrutschartig zu erschüttern – dies umso mehr, wie sich die politische Repräsentationsleistung der Parteien in einem Allparteienkonsens erschöpft, mit dem SPD, CDU, Grüne, Linke und der Berliner Regierungsflügel der CSU in der Flüchtlingspolitik auf eine einseitig libertär-humanitäre Linie eingeschwenkt sind. Die herrschenden Parteien im Bundestag finden sich damit unter Führung der Kanzlerin zu einem Elitenkonsens zusammen, der ihre migrationspolitischen Unterschiede verwischt und nicht mehr erkennbar macht. Dies bildet die Grundlage für einen prototypischen *opinion-policy-gap* zwischen der Politik und der Mehrheitshaltung in der Bevölkerung, so wie diese Diskrepanz in der Migrationsforschung breit diskutiert wird.[35]

Sichtbar wird damit in der Politisierung der Flüchtlingskrise ein vereinseitigtes, defektes deutsches Parteiensystem, das seiner Repräsentations- und politischen Übersetzungsleistung im Flüchtlingskonflikt nur unzulänglich gerecht wird. Hierdurch ergibt sich auf der parlamentarischen Ebene ein schieflastiges, stark asymmetrisches Parteiensystem, das die Brücken zur gesellschaftlichen Mitte und zum traditionalistisch-konservativen Bürgertum abgebrochen hat. Nirgendwo sonst in Europa machen sich die etablierten Parteien unisono gemein mit einer gesinnungsethisch verengten humanitären Willkommenskultur in der Flüchtlingsfrage, mit der eine Repräsentationslücke größten Ausmaßes aufgerissen wird. Die Parteien gehen dabei enorme Risiken ein, die sich zu ihrem Ungunsten bei Wahlen rächen werden.

Hiervon sind die Grünen auszunehmen. Sie stützen sich auf ein relativ stabiles Hoch, weil ihnen die libertär-humanitäre Ausrichtung der Flüchtlingspolitik ein auf den Leib geschriebenes Menschenrechtsanliegen zuspielt, das von ihrer Wäh-

35 *Schamman, H.*: PEGIDA und die deutsche Migrationspolitik. Ein Beitrag zur Differenzierung des Opinion-Policy-Gap, in: Zeitschrift für Politik, 25/3 (2015), 309–333.

lerschaft goutiert wird. Sie sind mit ihrer identitätsstiftenden Menschenrechtspolitik, ihrer Offenheit gegenüber multiethnischen Flüchtlingen und der libertären Vertretung von Minderheitsgruppen das geistige Antriebszentrum einer humanitären Willkommenskultur. Sie hätten ihre radikal-libertären Wertvorstellungen gern offener auf ihre Fahnen geschrieben, wenn es nicht bei den Wahlen in Baden-Württemberg um den Erhalt der Regierungsmacht ihres grün-konservativen Aushängeschilds, *Winfried Kretschmann*, gegangen wäre. Der gab sich, seinem Naturell entsprechend, einen kulturkonservativen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Anstrich als bodenständiger Landesvater. In der Flüchtlingspolitik trug er die Verschärfung des Asylrechts mit und profilierte sich mit steigenden Ausweisungszahlen von abgelehnten Flüchtlingen. Zugleich stellte er sich hinter die grenzoffene Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und betonte sogar, für sie zu beten.

Bezogen auf die CDU hat die Kanzlerin mit ihrem gesinnungsethisch-humanitären Pro-Flüchtlings-Kurs große Teile der CDU-Parteibasis und der Stammwählerschaft in Rage gebracht, was den Endpunkt einer längeren Auseinanderentwicklung darstellt. Die CDU hat seit dem Ende der *Kohl*-Ära und der Machtübernahme durch *Angela Merkel* einen von oben implantierten Identitätswechsel vollzogen, der vielfach als „Sozialdemokratisierung" der Partei beschrieben wurde. Grundlage hierfür ist die Neujustierung ihrer Wählerzielgruppen, mit der sie unter Vernachlässigung ihrer konservativen Stammklientel in sozialdemokratische und grüne Wählerkreise eindringen wollte.[36] Demoskopische Berater der Kanzlerin unterstützen sie in der Linksverlagerung der Partei, weil die CDU dadurch näher an die wahlentscheidenden Mittewähler heranrücken würde. Das u. a. ein neues Familienbild, die Geschlechtergleichstellung, der Ausstieg aus der Kernkraft, die Akzeptanz Deutschlands als Einwanderungsland und der Verzicht auf die Wehrpflicht für diese Kurswende Früchte trugen, kann zumindest an dem imposanten 41,5 % Stimmenanteil abgelesen werden, den die Kanzlerin bei den letzten Bundestagswahlen 2013 für die CDU/CSU einfuhr. Nur den konservativen Traditionswählern war diese Metamorphose keineswegs genehm, so dass sich in Umfragen[37] 21 % der Bevölkerung für ein stärker konservatives Profil der Partei aussprachen. Der Gipfelpunkt der Entfremdung des rechtsbürgerlichen Lagers von der CDU wird nun durch die Willkommenskultur der Kanzlerin erreicht, die eine diametrale

36 *Wiesendahl, E.*: Ist das Strategie? Strategische Richtungssuche von CDU und SPD zwischen den Wahlen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24/3 (2011), 119–129, hier 120 ff.

37 *Forschungsgruppe Wahlen*: Politbarometer, 3 (2013).

Wende gegenüber der Unionslinie bei der letzten Flüchtlingskrise Anfang der 1990er Jahre darstellt.[38]

Viel ist in diesem Zusammenhang von einem Denkzettel- und Protestwahlverhalten die Rede. Doch die Unterstützung der AfD geht vom Motiv her weit über die Ablehnung der herrschenden Flüchtlingskonsenspolitik hinaus, zumal sich die Partei in ihrem Werteprofil als die CDU der 1980er Jahre darstellt. Nicht von ungefähr wird sie auf der Links-Rechts-Achse dort platziert, wo sich die CDU unter *Kohl* noch befand, bevor sie unter *Merkel* linksmittig abdriftete.[39] Deutlich wird daran, dass die CDU unter *Merkel* ihren volksparteilichen Charakter als soziale Umfassungs- und Integrationspartei des bürgerlichen Lagers preisgegeben hat. Gewandelt zur Mitte-Mainstream-Partei, ist ihr an der Repräsentation und Integration christlich-konservativer sowie wert- und nationalkonservativer Wähler nicht mehr gelegen. Mit ihrer Flüchtlingspolitik wird die schon länger verfolgte kulturelle Modernisierung der CDU auf die Spitze getrieben, was sich für die konservative Mitglieder- und Stammwählerschaft wie eine kulturelle Enteignung und Demontage des Identitätskerns der Partei anfühlt: Grund genug für zahlreiche CDU-Wähler, ihre lose gewordenen Bindung an die Mutterpartei aufzugeben. Die bedrängte Kanzlerin hat mittlerweile ihr gesinnungshumanitäres Pathos abgelegt und betreibt faktisch eine weitere Einschränkung des Asylrechts. Fatal ist für sie, dass die Mehrheit der Bevölkerung längst glaubt, dass sie mit ihrer Flüchtlingspolitik scheitern wird. Für die weitere Zukunft benötigt die CDU als Auffanglinie wenigstens den Nachweis ihrer *Law and Order*-Kompetenz, um die ihr drohende Wählerabwanderung zu begrenzen.

Die Schwesterpartei der CDU, die CSU, erkannte sogleich den durch die Grenzöffnungsentscheidung von *Merkel* zum Ausbruch gebrachten Grundsatzkonflikt, der ihre kulturelle Identität als konservativ-traditionalistische bayerische Heimatpartei berührt. Durch dieses Werteprofil weiß sie sich mit dem Lebensgefühl und dem heimatverbundenen Traditionalismus der überwiegend ländlichen bayerischen Bevölkerung im Einklang. Nur so erklärt sich die vehemente Konfrontation, mit der sich der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende *Seehofer* der libertär-humanitären Linie der Kanzlerin entgegen stemmte. An die schlimmsten Zeiten des Machtkampfes zwischen *Kohl* und *Strauß* um die Richtungskompetenz der Union und den Zugang zur Kanzlerschaft Ende der 1970er Jahre erinnernd,

38 *Wiesendahl, E.*: Verwirtschaftung und Verschleiß der Mitte. Zum Umgang des etablierten Politikbetriebs mit der rechtsextremistischen Herausforderung, in: Heitmeyer, W. (Hg.): Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt a. M., 1994, 115–137, hier 126 ff.

39 *Infratest dimap*: Bürger verorten die AfD deutlich rechts von der Union, Manuskript Berlin, Januar 2015.

leitete *Seehofer* in aller Öffentlichkeit einen ganz persönlich gegen *Merkel* gerichteten Obstruktionsfeldzug ein, um die für ihn fehlgeleitete und verantwortungslose Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu stoppen und eine Kehrtwende zu erzwingen.

Vehement abgelehnt wird deren Kern, Deutschland ohne eine Obergrenze als Willkommensland für Flüchtlinge offen zu halten und für die Begrenzung und geordnete Aufnahme legaler Flüchtlinge eine europäische Lösung anzustreben. Während *Merkel*-Unterstützer *Seehofer* vorwerfen, mit seiner Haltung den Boden für den Aufstieg der AfD zu bereiten, ist umgekehrt die CSU-Spitze davon überzeugt, die humanitäre Flüchtlingspolitik der Kanzlerin würde massenhaft konservative CDU-Wähler in die Arme der AfD treiben. Entsprechend kommentierte *Seehofer* das schlechte Abschneiden der CDU bei den Landtagswahlen vom 13. März 2016 so, dass sich alle seine Befürchtungen bewahrheitet hätten.[40]

Das zwischen Schwesterparteien und gleichzeitig Regierungspartnern in der Großen Koalition ungewöhnlich rücksichtslos und offen ausgetragene Zerwürfnis geht einerseits auf die gegensätzliche Positionierung von CSU und CDU auf der Libertarismus-Autoritarismus-Konfliktlinie zurück, bei der die CSU die Anliegen des flüchtlingskritischen Lagers vertritt und *Merkel* mit ihrer libertär-humanitären Linie unterstellt, eine „andere Republik" zu wollen. Andererseits betreibt die CSU ihre Konfrontationsstrategie aus der alles bestimmenden Zielsetzung heraus, ihre Hegemonialposition als bayerische Staatspartei stabilisieren zu können. Die sieht sie durch die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin gefährdet. Gewählt wird zwar erst 2018. Aber der Konfrontationskurs führt die CSU demoskopisch wieder an die Fünfzig-Prozent-Marge heran; der gleichzeitige Auftrieb der AfD auch in Bayern wird als Kollateralschaden der *Merkel*-Politik hingenommen.

Die *Lindner*-FDP hat ihre Profilierungschancen im Flüchtlingskonflikt darin gesehen, die Kanzlerin hart anzugehen. Für den FDP-Vorsitzenden *Christian Lindner* ist die „Entscheidung von Frau *Merkel* politisch falsch". Mehr noch gehe sie „einen deutschen Sonderweg" und dürfe „nicht länger gesinnungsethischen Träumereien anhängen"[41]. Zudem verspricht sie sich Wählerresonanz, indem sie ein Einwanderungsgesetz fordert.

Die SPD steht in ihrem Flüchtlingskurs fest an der Seite der Kanzlerin und macht sich dadurch als eigenständige politische Kraft überflüssig. Ihre humanitäre Will-

40 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Seehofer bleibt auf Konfrontationskurs zu Merkels Flüchtlingspolitik, 16.03.2016, 1.

41 *Lindner, C.*: „Deutschland muss Flüchtlinge zurückweisen", Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 25.02 2016, 4.

kommenshaltung gegenüber Flüchtlingen hat eine lange Tradition, die parteigeschichtlich auf die Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung und anschließenden Exilierung des Parteivorstands und weiterer Genossen zurückgeht. Hinzu kommt das Prinzip der internationalen Solidarität mit den Ausgebeuteten und Entrechteten dieser Welt, was auf ihren humanitären Sozialismus zurückgeht. Gegenwärtig hat sich speziell die bildungsbürgerliche Parteilinke dieses Vermächtnisses angenommen und bugsiert die SPD in das linkslibertäre Pro-Flüchtlingslager. Die vom Flüchtlingsansturm hauptsächlich betroffenen sozialdemokratischen großstädtischen Oberbürgermeister sind zwar längst an den Rand ihrer Aufnahme- und Unterbringungskapazitäten angelangt, ohne als innerparteiliche Kraft eine strikte Begrenzung oder gar Obergrenze der Flüchtlingsaufnahme zu fordern. So ist die Partei gesinnungspolitisch auf sich selbst bezogen und mit sich im Reinen. Im Kulturkampf nutzt sie jede Gelegenheit, um AfD und Pegida in eins zu setzen und das autoritäre Kontra-Flüchtlingslager pauschal mit Verbalinjurien zuzudecken.

Anscheinend gehen der SPD genauere Vorstellungen über die Haltung ihrer Wählerschaft ab. Sonst würde sie nicht für ihre Flüchtlingspolitik das kleinere Segment bildungsbürgerlicher Wähler im Auge haben, sondern sich jenen sozialdemokratischen Wählerkreisen aus der unteren Mittel- und Arbeiterschicht zuwenden, die Masse auf die Waage bringen. Beide Zielgruppen sehen sich durch den Flüchtlingszustrom ökonomisch und sozial bedroht und werden auch in ihren Wohnbezirken die Hauptlast der Integration von Flüchtlingen bei der Wohnungs-, Kita- und Schulversorgung übernehmen müssen. Im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze sehen sie sich auf der Verliererstraße. Allem Anschein nach bringt die SPD nicht mehr den ihr einstmals angeborenen Instinkt dafür auf, dass sie bei dem Parteiengedränge im Kampf um eine kulturelle Wählermehrheit bei der Flüchtlingsfrage nichts gewinnen kann. Für sie böte sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit der Kampf um eine soziale Mehrheit an, wenn ihr nur hinlänglich klar würde, dass die Flüchtlingskrise jetzt schon die soziale Frage berührt und damit den Konflikt um Arm und Reich, um *Ins* und *Outs* als sozialen Sprengstoff. Die in ihrem Status und Lebensgefühl verunsicherten Arbeiter- und Kleine-Leute-Stammwähler werden es, wenn sich die SPD nicht als ihre Schutzmacht geriert, ihr an der Wahlurne heimzahlen. Dies hat auch für die Linke zu gelten, die ebenfalls in den linksliberal ausgerichteten Wettstreit um eine kulturelle Mehrheit involviert ist. Im Westen mag das in ihrer Wählerschaft noch begrenzt Punkte bringen, im Osten der Republik wird sie einbrechen.

Es ist allein die AfD, die aus der einseitig gesinnungspolitischen Herangehensweise an die Flüchtlingskrise als Gewinner der Stunde hervorgeht. Sie verkörpert

im Richtungskonflikt um die Flüchtlingsfrage das einzig wählbare Gegengewicht gegenüber den Konsensparteien. Für die AfD ist die Flüchtlingskrise der Humus ihres elektoralen Wiederaufstiegs nach der Abspaltung des Wirtschaftsflügels der Partei im Sommer 2014. Wie sehr der Flüchtlingskonflikt der AfD Anhänger verschafft, wird ab Spätsommer 2015 an dem Anstieg ihrer demoskopischen Werte ersichtlich. Sie besetzt mit ihrer flüchtlingskritischen Position das Repräsentationsvakuum, welches die Konsensparteien erzeugt haben. Für sie tut sich damit ein Fenster auf, um eine Wählerkoalition aus politisch heimatlos gewordenen wert- und nationalkonservativen Teilen des Bürgertums und sozial abstiegsbedrohten bzw. schon abgehängten Teilen der unteren Mittel- und Arbeiterschicht zu schmieden.

Das Grundrecht auf Asyl steht für die AfD nicht zur Debatte. In Konfrontation zum Konsenslager positioniert sie sich als Anwalt des verängstigten, um seine traditionellen Werte sowie kulturelle Eigenart und Identität fürchtenden Deutschen. Sie politisiert damit kulturelle Ängste und Vorbehalte gegen Flüchtlinge, die bis ins bürgerliche Lager hinein teilweise mehrheitlich von der Bevölkerung gehegt werden. Angriffe der Konsensparteien wehrt sie dadurch ab, doch wohl noch die Wahrheit sagen zu dürfen. Und unverhohlenen Attacken der flüchtlingsaffinen Presse und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten begegnet sie mit dem Vorwurf der Lügen- bzw. Pinocchio-Presse. Obgleich sie sich auf einen reinen Schlagwort-Wahlkampf konzentriert, ohne ihre Spitzenpersonen zu plakatieren, wird über Landesverbandsfürsten ein ideologisches West-Ost-Gefälle sichtbar. Im Westen stehen die Spitzenkandidaten für ein politisch heimatlos gewordenes wert- und nationalkonservatives Bürgertum sowie für die um ihren sozialen Status fürchtenden unteren Schichten, während im Osten offen ein Anschluss an völkisch-ethnonationale und fremdenfeindliche Positionen hergestellt wird. Man weiß darum, dass Menschen- und Fremdenfeindlichkeit im Osten der Republik auf große Resonanz stößt. Sie kann als ideologisch flügelstarke Partei in die wertkonservative Wählerschaft hinein wirken, als Trägerin traditionalistischer Werte und Lebensstile, der die AfD ein attraktives Angebot macht. Nach rechts greift sie ins nationalkonservative Lager hinein, welches sich durch die Kontra-Haltung in der Flüchtlingsfrage zur AfD hingezogen fühlt. Der rechtskonservative Flügel um *Gauland* und *Höcke* macht dem Lager verlockende Avancen. Dabei wird eine Brandmauer eingerissen, die jahrzehntelang von den Unionsparteien nach rechts außen aufgezogen wurde. Nun werden über den rechten Flügel der AfD Brücken ins Nationalkonservativ-Völkische gebaut, was vor dem Übergang ins Rassenideologische und zum Rechtsextremismus nicht strikt Halt macht. Kurzum, die AfD

verfügt als Sprachrohr und Sammlungspartei der Wählerschaft rechts der Mitte über ein ausbaubares elektorales Chancenpotenzial, wenn es ihr gelingt, die disparaten konservativen Milieus des rechten Lagers zusammen zu binden und in eine Wählerkoalition zu überführen. Das um eine rechtskonservative Partei erweiterte Parteiensystem geht zu allererst den mittigen Großparteien an die Substanz. Dies haben sie sich mit ihrer gesinnungspolitischen Irrfahrt selbst zuzuschreiben.

## VIII. Erdrutsch-Landtagswahlen vom 13. März 2016

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben die Tektonik und Machtverteilung im bisherigen Parteiensystem schwer erschüttert. Der Hauptgrund liegt im spektakulären parlamentarischen Durchbruch der AfD. Sie konnte aus dem Stand insgesamt 1.350.688 Stimmen für sich verbuchen, was noch keiner *Newcomer*-Partei zuvor glückte. In Stimmenanteile umgerechnet sprang die Partei in Rheinland-Pfalz auf 12,6 %, in Baden-Württemberg auf 15,1 % und in Sachsen-Anhalt auf 24,3 %. Wie ein Schwamm saugte sie sich als Sammlungspartei mit Stimmen aus allen Parteien voll. Auch vom deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung profitierte die AfD besonders stark, wobei aber die Konkurrenzparteien ebenfalls ehemalige Nichtwähler für sich gewinnen konnten.

Mit ihrem Sensationserfolg in Sachsen-Anhalt deklassiert die AfD sowohl die Linke (16,3 %, -7,3) als auch vor allem die SPD, die von 21,5 % auf das desaströse Ergebnis von 10,6 % abstürzte. Die CDU unter dem Ministerpräsidenten *Haseloff* verlor relativ wenige 2,8 Punkte und landete bei 29,8 %. Da auch noch die Grünen mit 5,2 % in den Landtag kamen, ergibt sich für eine Regierungsmehrheit jenseits der AfD und der Linken eine einzige Option, nämlich die einer schwarz-rot-grüne Koalition.

In Baden-Württemberg wurde die AfD drittstärkste Partei, während die Regierungspartei SPD mit dramatischen Verlusten von -10,4 Punkten und 12,7 % Stimmenanteil hinter der AfD auf den vierten Platz verwiesen wurde. Die FDP konnte ihr Ergebnis um 3 Punkte steigern und sich auf 8,3 % verbessern. Als sensationelle Wahlsieger gehen die *Kretschmann*-Grünen aus der Abstimmung hervor und erzielen 30,3 % (+6,1) Stimmenanteile. Die CDU dagegen erlitt unter ihrem Spitzenkandidaten *Guido Wolf* einen massiven Aderlass (-12,0) und scheiterte mit miserablen 27,0 % daran, *Kretschmann* als Regierungschef abzulösen. Da sich die FDP einer grün-rot-gelben Koalition verweigert und die SPD einer schwarz-rot-gelben, verbleibt allein Grün-Schwarz als Regierungsmodell mit *Kretschmann* an der Spitze.

Schließlich landete die AfD auch in Rheinland-Pfalz zweistellig bei 12,6%, ohne die Machtarchitektur des hergebrachten Parteiensystems merklich zu erschüttern. Wesentlich hierfür ist der Wahlerfolg der SPD, der es unter ihrer populären Ministerpräsidentin *Malu Dreyer* gelang, in der Wählerresonanz ein wenig auf 36,2% (+0,5) zuzulegen. Dagegen handelte sich die CDU unter ihrer bekannten Spitzenkandidatin *Julia Klöckner* Verluste von -3,4 Punkten ein und landete abgeschlagen bei 31,8% Stimmenanteil. Die FDP nahm mit 6,2% (+2,0) leicht zu, während die Grünen als Regierungspartei mit desaströsen 5,3% auf ein Drittel ihres vorhergehenden Ergebnisses von 15,4% dezimiert wurden. Rot-Grün nimmt nun die Chance auf Fortsetzung der Regierungsarbeit wahr, weil die FDP als erforderliche Mehrheitsbeschafferin der Koalition beitritt. Sie hat trotz ihrer Schlappe in Sachsen-Anhalt eine weitere erfolgreiche Etappe zum Wiedereinzug in den Bundestag 2017 hinter sich gebracht. Ein Wahlerfolg bei den NRW-Wahlen im Mai nächsten Jahres wird dafür noch das Sprungbrett liefern müssen.

Die SPD unterschreitet mit ihrer Marginalisierung zur Kleinpartei in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt nun einen kritischen Massebereich, bei dem sie den Anspruch Volkspartei zu sein schwerlich glaubwürdig aufrechterhalten kann. Von der AfD deklassiert, hat sie sich in beiden Ländern zur Viertrangigkeit zurückentwickelt. In Sachsen-Anhalt verfügt die SPD nur noch über dermaßen geringe Bindungskraft, dass ihr bei der Halbierung ihres Wählerstamms die abtrünnigen ehemaligen Wähler in alle Richtungen davongelaufen sind. Zudem muss es der Partei wie ein Menetekel erscheinen, wenn Arbeiter und Arbeitslose, die einstmals eine sichere Wählerbank der Partei bildeten, zu 23% und 25% in Rheinland-Pfalz sowie 30% und 32% in Baden-Württemberg und 35% und 36% in Sachsen-Anhalt zur AfD übergelaufen sind.[42]

Nicht minder stellen die Märzwahlen 2016 auch für die CDU ein Debakel dar, auch wenn sie weiterhin in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten stellen wird. Rund 30% der Verluste der CDU gehen an die AfD. Mit dieser Wählerschwäche bleibt sie zwar Volkspartei, muss sich aber, um ihre Führungsrolle zu behalten, auf komplizierte Dreierkoalitionen einlassen. Für Hessen und jetzt auch Baden-Württemberg reicht die Wahlarithmetik aus, um eine schwarz-grüne bzw. grün-schwarze Koalition zu erproben. Obgleich dadurch eine schwarz-grüne Koalition nach den Bundestagswahlen 2017 in größere Nähe rückt, wird sich für eine solche Konstellation im Rahmen eines Fünf- bzw. Sechs-Parteiensystems kaum eine Mehrheit organisieren lassen.

42 ARD/Infratest dimap-Wahltagsbefragung.

Die Grünen sind mit sensationellen 30,3 % in Baden-Württemberg an der alteingesessenen CDU vorbeigezogen und zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen. Diese *Lead*-Funktion ist der bis in die CDU-Wählerschaft hineinreichenden Popularität des Ministerpräsidenten geschuldet. Um ihn im Amt zu behalten, liefen ihm zahlreiche ehemalige CDU- und SPD-Wähler zu, was zum Teil den dramatischen Wählerabfluss der SPD erklärt. In Rheinland-Pfalz wurden umgekehrt die Grünen Opfer eines Wählerschwunds. Große Teile sprangen mit ihrer Stimme der *Dreyer*-SPD bei, um ihr einen Vorsprung vor der *Klöckner*-CDU zu verschaffen. Dass *Malu Dreyer*, anders als *Julia Klöckner*, sich hinter die Linie der Kanzlerin stellte, erleichterte den ehemaligen Grünwählern den Wechsel. In Sachsen-Anhalt setzten die Grünen auf einen prononcierten libertären Flüchtlingskurs, der von ihrer Wählerklientel jedoch nicht wie erhofft goutiert wurde.

Die Linke reihte sich mit in das humanitäre Pro-Flüchtlings-Konsenslager ein, brachte aber auch ihre traditionell profilbildenden Themen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zum Ausdruck. Sie hat ihre Ziele in doppelter Hinsicht verfehlt, weil sie trotz ihres populären Spitzenkandidaten *Wulf Gallert* in Sachsen-Anhalt auf 16,3 % absackte und damit die trügerische Hoffnung auf einen rot-rot-grünen Regierungswechsel begraben musste. Im Westen scheiterte die Linke sogar an der Fünf-Prozent-Klausel.

Die weit verbreitete Politikverdrossenheit und Entfremdung von den Parteien und der aus ihr hervorgehenden politischen Klasse werden gegenwärtig häufig zu Erklärung des Wahlerfolgs der AfD herangezogen. Nur reicht diese Vertrauenskrise zwischen Regierenden und Regierten bis in die 1980er zurück. Es muss deshalb in der von den Konsensparteien favorisierten Flüchtlingspolitik ein Auslöser gesehen werden, durch den sich der angestaute Unmut in Wahlprotest entlud und der AfD die überraschend hohe Zahl an Wählerinnen und Wählern zuführte.

## IX. Schluss

Aus der Flüchtlingskrise ist ein Kulturkonflikt hervorgegangen, welcher in eine kulturkämpferische Frontstellung zwischen einem libertär-humanitären und einem autoritär-ethnozentrischen Lager mündete. Bei der Politisierung des Kulturkonflikts ließen sich die Bundestagsparteien von einer einseitig gesinnungsethisch-humanitären Kursbestimmung leiten und rückten zu einem Allparteienkonsens zusammen. Einem Wettstreit um richtungspolitische Alternativen gingen sie aus dem Weg. Hierdurch tat sich in der Flüchtlingspolitik ein Repräsentationsvakuum auf, in das die AfD erfolgreich hineinstoßen konnte. Mit seiner Erweiterung auf sechs

Parteien stellt das deutsche Parteiensystem im Übrigen erneut seine Elastizität unter Beweis, indem es Fehlentwicklungen und Repräsentationsdefizite im System durch Aufnahme von Neuparteien ausbügelt. Genauer: Die Wählerschaft verhalf in Reaktion auf die für Europa einmalig einseitig ausgerichtete libertär-humanitäre Flüchtlingspolitik der Konsensparteien der AfD zum parlamentarischen Aufstieg, was das asymmetrisch gewordene Parteiensystem wieder mehr ins Lot rückt.

Erstmalig nach dem Krieg wird dadurch das erweiterte Parteiensystem tektonisch axial nach rechts verschoben. Der Rechtsruck überspringt das einstmals von der CDU/CSU dominierte bürgerlich-liberalkonservative Terrain und gibt dem rechtskonservativen eine politische Plattform. Die AfD hält nun den ideologischen Raum rechts jenseits der Mitte besetzt und verfügt von diesem Standort aus über immense elektorale Expansionschancen. Zwar wird dadurch das Gewicht des konservativen Lagers politisch wieder gestärkt, es spaltet sich aber zugleich auf. Den Anspruch der Union, Sprachrohr und Sachwalterin des bürgerlich-konservativen Lagers zu sein, hat sie jetzt mit der AfD zu teilen. Weitere Linksverschiebungen der CDU schließen sich damit aus, weil sie jetzt schon die Kontrolle über ihre konservative Wählerschaft verloren hat, die jederzeit zu AfD überlaufen könnte. Wie bei anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa auch bricht die AfD zudem in Wähler-Stammreviere der Sozialdemokraten hinein, indem sie die verunsicherte untere Mittelschicht und ökonomisch abgehängte Wähler zu sich herüber zieht. Sowohl CDU als auch SPD sind vor größte Herausforderungen gestellt, ihre Jagdgründe gegen die Wilddieberei der AfD abzuschirmen.

Die sich an der Flüchtlingsfrage festmachende kulturelle Liberalisierung und Modernisierung der Gesellschaft wird auf verstärkte politische und gesellschaftliche Gegenwehr stoßen. Das libertäre Lager muss damit rechnen, mit seinen Leitideen mehr konservativ gegenläufigen Widerstand zu mobilisieren. Die Gefahr liegt allerdings auf der Hand, dass durch die hoffähig gewordene AfD bislang politisch geächtete und tabuisierte rechtsradikale politische Vorstellungen in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs eingebracht werden.

Die Flüchtlingskrise ist mit dem Kulturkonflikt für den Parteienwettbewerb noch nicht ausgestanden, zumal nach der Bewältigung des Flüchtlingszustroms nun die Integration der großen Zahl bleibender Migranten vorangetrieben werden muss. Hierdurch wird eine alte Spannungslinie berührt, die auf einen klassischen Verteilungskampf um Arbeitsplätze, Wohnverhältnisse, Einkommen, kurz um den Platz im sozialen Ungleichheitsgefüge hinausläuft. Mit anderen Worten vermengt sich der Kulturkonflikt um die Flüchtlingskrise mit einem Sozialkonflikt um die Las-

tenverteilung der Flüchtlingsintegration auf starke und schwache Schultern. Während die besser gestellten Kreise der Gesellschaft in ihren exklusiven Wohnquartieren von der Ansiedelung von Flüchtlingen unbehelligt bleiben, wird die Hauptlast der Unterbringung der Flüchtlinge sozialen Brennpunktquartieren aufgehalst werden. Auch wissen die bildungsbürgerlichen Anhänger der Willkommenskultur ihre Kinder davor zu behüten, mit Flüchtlingskindern in multiethnischen Kitas und Grundschulen in Berührung zu kommen. Es zeichnet sich mithin schon jetzt ab, dass die Flüchtlingsintegration die Kluft zwischen sozial Benachteiligten und ökonomisch abgesicherten höheren Mittelschichten vertiefen wird. Insbesondere in sozialdemokratisch geführten Großstädten bahnt sich zwischen Migranten und Einheimischen ein verdeckter Klassenkonflikt an, der die SPD unter die Räder bringen könnte. Sich als Partei sozialer Gerechtigkeit zur Hüterin des sozialen Zusammenhalts für die untere Hälfte der Gesellschaft aufzuschwingen, wird ihre einzige Chance sein, um im sich anbahnenden Sozialkonflikt nicht zerrieben zu werden.